

Der Wahlkampf hat begonnen

Am 1. Juli Staffelübergabe an Thomas Oppermann

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, der Bundestagswahlkampf hat begonnen. Auch in Göttingen. Auf der Wahlkreis-Konferenz am 1. Juli wird Inge Wettig-Danielmeier das Staffelholz für den Bundestagswahlkreis 53 an Thomas Oppermann übergeben. Das Ziel für die SPD in Göttingen ist klar: Wir werden das Direktmandat für die SPD verteidigen.

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner wird hart, aber wir können gewinnen. Wir werden Merkel und Co. zwingen, die Karten auf den Tisch zu legen und den Bürgern zu sagen, was sie nach der Wahl erwartet. Wir wollen wissen, ob mit der angekündigten Streichung der Steuerfreiheit von Sonntags- und Nachtarbeitszuschlägen in Zukunft Krankenschwestern und Polizisten die Senkung des Spitzensteuersatzes finanzieren werden! Wir wollen wissen, wer die Kosten für das sogenannte "Kopfpauschalmodell" aufbringt, die von Gesundheits-Ökonomen immerhin auf insgesamt 40 Milliarden Euro geschätzt werden und wir wollen wissen, was noch von den Arbeitnehmerrechten übrig bleibt, wenn Flächentarifvertrag und Kündigungsschutz - wie von

der CDU gefordert - ausgehöhlt werden! Fest steht, am 18. September geht es um die Entscheidung zwischen einer Marktwirtschaft nach sozialen und demokratischen Prinzipien oder einem Marktradikalismus, der sich vor allem gegen die Arbeitnehmer und die sozial Schwachen richtet. Gewinnen Merkel und Westermühle, dann wird das auf Solidarität und Teilhabe basierende Fundament unserer Gesellschaft tiefe Risse bekommen.

Um dem Wähler deutlich zu machen, dass es um eine Richtungs-wahl für Deutschland geht, muss die SPD ihr Profil schärfen. Das Wahlmanifest der SPD muss sich klar zu mehr sozialer Gerechtigkeit, sozialem Fortschritt und Chancengleichheit bekennen. Einfach wird der Wahlkampf nicht. Ich kenne den Ärger bei vielen von euch über das in den Me-

dien genüsslich ausgebreitete „Chaos in Berlin“. Es ist auch nicht gerade motivierend, wenn nicht nur die Medien sondern auch eigene Genossen schon den Abgang auf Schröder anstimmen. Dabei besteht überhaupt kein Grund für die SPD in Sack und Asche zu gehen. Es war die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, die den Reformstau der Kohl-Ära aufgelöst, die europäische Integration vorangebracht, den Atomausstieg ermöglicht und mit ihrer Initiative für Ganztagschulen wichtige

Impulse in der Bildungspolitik gegeben hat. Und es war der SPD-Kanzler Schröder, der sich einer Kriegsführung gegen den Irak verweigert hat. Diese Leistungen dürfen wir nicht gering schätzen und sollten auch gelegentlich daran erinnern.

Wir werden den Wahlkampf auf der Straße führen müssen, nur durch direkte Ansprache werden wir Menschen

Delegiertenversammlung

Di., 12. Juli 2005, 19 Uhr

Jugendherberge Göttingen

Thema: Wahlkampfmanifest
mit Thomas Oppermann



überzeugen können. Aber das ist auch eine große Chance für uns. Mit Thomas Oppermann haben wir einen Kandidaten, der als Abgeordneter und Minister schon bewiesen hat, dass er Göttinger Interessen gut vertreten kann. Wir haben Thomas zu unserer nächsten Delegiertenversammlung am 12. Juli eingeladen, um gemeinsam das Wahlmanifest zu diskutieren und uns für den Wahlkampf zu rüsten.

Jetzt heißt es für uns alle, gemeinsam einen engagierten Wahlkampf zu führen. Wie heißt es doch: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Und: ein gutes Ergebnis im September für die SPD in Göttingen wird die beste Motivation für die anstehende Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl 2006 sein.

Eure Gabi Andretta

In der Diskussion: Feinstaub

Aktueller Sachstand. Bericht unserer Veranstaltung.

Mit Beginn des Frühjahrs war sie in den Medien stets präsent: Die Feinstaub-Debatte. Ist das nur eine Übertreibung von ein paar Öko-Spinnern oder eine ernstzunehmende gesundheitliche Gefahr, die politischen Handlungsbedarf auslöst? Dieser Frage wollte der Arbeitskreis Umwelt & Verkehr nachgehen.



Fresszellen, die bei ihrem Absterben krankmachende Entzündungsprozesse hervorrufen. Die Folge sind Atemwegserkrankungen insbesondere bei Menschen, die schnell atmen (z.B. Kinder, Asthmatiker, Sportler). Feinstaub entsteht u. a. durch Heiz- und Kraftwerke, Hausbrand, Landwirtschaft und Industrie. Der Verkehr (schwere Lkw, Busse, Kleintransporter, Pkw) macht etwa einen Anteil von 35 % aus, wobei der Pkw-Anteil bei ca. 12 % liegt.

Doch welche Konsequenzen muss man daraus ziehen, wenn der Feinstaub „nur“ zu einem vergleichsweise geringen Anteil durch Verkehr - insbesondere Pkw-Verkehr - verursacht wird? Ist dann die Forderung nach kostenträchtigen Maßnahmen wie Rußfilter für Dieselfahrzeuge, Lkw und Busse überhaupt gerechtfertigt?

Problematisch: Fahrverbote

Hier waren sich Hüttemann und Meyer einig: Wenn es bereits technische Lösungen gibt, dann sollte die Politik im Interesse unserer Gesundheit - neben Ausbau von ÖPNV und Radwegen - auch auf deren Verwendung dringen. Fahrverbote im Stadtkern seien ebenso problematisch wie der zusätzliche Bau von Umgehungsstraßen. Sie führen regelmäßig nur zu einer Verlagerung des Verkehrsgeschehens und einer stärkeren Staubbelastung andernorts, die durch sogenannte Kamineffekte wieder in die Innenstadt hineinwehen kann.

Maßnahmen, so Meyer, müssen die Ursache des Problems beseitigen. Das erfordert aber ein langfristiges Umdenken innerhalb der Gesellschaft und gegebenenfalls auch die Bereitschaft, individuelle Gewohnheiten zu überdenken. Meyer: „Wir müssen uns fragen, ob wir in Zukunft noch eine Zersiedelung der

Landschaft durch Ausweisen neuer Baugebiete außerhalb der Stadt in Kauf nehmen wollen, die überdies im Wege der Pendlerpauschale steuerlich gefördert wird.“ Das Entstehen von Baugebieten außerhalb der Stadt führe automatisch zu einem größeren Verkehrsvolumen, weil die Bewohner/innen, zumal ohne Stadtbusanbindung, auf ihren Pkw angewiesen seien. Meistens, so Meyers Beobachtung, säße im Pkw nur eine einzelne Person. Fahrgemeinschaften von Pendlern zur Arbeitsstelle seien nach wie vor die Ausnahme.

Auch werden wir uns fragen müssen, ob der Anspruch des einzelnen Kunden auf sofortige Anlieferung bestellter Waren noch vertretbar erscheint, wenn dafür andererseits der Einsatz schwerer Lkw erforderlich wird.

Und ist es nicht vorstellbar, dass große Ladenketten ihr Liefersystem dahin ändern, die Waren vor den Toren der Stadt von einem großen Lkw auf ein kleineres Verkehrsmittel zwecks Besuch der einzelnen Abnehmerfilialen im Innenstadtbereich umzuladen?

Spielplätze, Kindergärten und Schulen, auch darin stimmen die Experten überein, gehören nicht an Ausfallstraßen, wo die empfindlichen Atemwege der Kinder mehrere Stunden täglich dem Feinstaub in besonderem Maße ausgesetzt seien.

Meyer will weiterhin für aussagefähige Messungen an belasteten Standorten sorgen, denn eine Messung im Grünen, wie sie zurzeit betrieben wird, sei praktisch sinnlos. Erst verwertbare Messergebnisse sorgen für die nötige Klarheit und bilden die Basis für weiteres Handeln.

Ein kompaktes Anti-Feinstaub-Maßnahmenbündel konnten die Zuhörer bei der Komplexität des Themas naturgemäß nicht mit nach Hause nehmen - wohl aber die Gewissheit, dass Wolfgang Meyer das, was heute schon möglich ist, jetzt anpacken wird; die weitere Gewissheit ist, dass langfristige Maßnahmen jedoch gesellschaftliches Umdenken erfordern. K. W-K.

Unter dem Motto „Gespräche im Forum“ veranstaltete er unter der Leitung und Moderation von Horst Reinert eine interessante und lebendige Diskussion zwischen Experten und Zuhörern. Als Experten waren Prof. Dr. Ulrich Hüttemann, Internist und Spezialist für allergologische Erkrankungen, sowie Stadtrat Wolfgang Meyer, Umweltdezernent bei der Stadt Göttingen eingeladen.

Hüttemann wies in seinem Einstiegsreferat deutlich auf die gesundheitlichen Gefahren des Feinstaubes hin. Als besonders gefährlich für den Menschen bezeichnete er die kleinsten, nahezu gasförmigen Schmutzpartikel. Diese können im Gegensatz zu größeren Partikeln viel tiefer in das organische Lungensystem eindringen.

Der Feinstaub, so Hüttemann, wirke vor allem in Kombination mit Blütenpollen zerstörend auf die menschlichen

In Nordrhein-Westfalen hat die SPD unbestreitbar eine böse Niederlage erlitten. Ihr Wahlergebnis ist mit gut 37% der abgegebenen Stimmen das schlechteste seit 1954, die Verluste sind mit 5,7% nicht eben marginal. Erstmals seit fast vierzig Jahren finden sich die machterfahrenen nordrhein-westfälischen Genossen auf den Oppositionsbänken wieder, rotgrüne Koalitionen gibt es seit dem 22.05. auf Landesebene nicht mehr. Von den 17 Landtagswahlen, welche die SPD während der Amtszeit Gerhard Schröders verloren hat, war die Niederlage in NRW ganz unzweifelhaft eine der bittersten.

larisierung und sich auflockernder konfessioneller Parteibindungen in den 60er Jahren konnten die Sozialdemokraten die christdemokratische Dominanz brechen und mit der CDU gleichziehen. Es dauerte freilich bis zu den 80er Jahren, ehe sich die SPD bei Landtagswahlen deutlich von der politischen Konkurrenz absetzen konnte. Bei Wahlen auf kommunaler, bundesweiter und europäischer Ebene jedoch hielten sich die Abstände zwischen SPD und CDU selbst dann noch in zumeist engen Grenzen. Zum anderen ist auch das jetzige Wahlergebnis nicht durchweg katastrophal.

errang sie nicht nur die meisten ihrer Direktmandate, hier waren auch ihre Stimmenverluste meist geringer als im Landesdurchschnitt.

Liegt der regionale Schwerpunkt der NRW-SPD nach wie vor im Ruhrgebiet, dann liegt ihr sozialstruktureller unverändert bei der Arbeiterschaft. Zwar verloren die Sozialdemokraten in dieser Gruppe, wie bei jeder Landtagswahl in den letzten Jahren, auch in NRW überproportional. Dennoch blieben sie in diesem Wählersegment weit vor der CDU. Die Arbeiter insgesamt wählten zu fast 50% SPD, diejenigen mit Gewerkschaftsbuch sogar zu 61%.

Bitter, nicht katastrophal

Hintergründe, Aspekte und Konsequenzen der Landtagswahl in NRW

Felix Butzlaff/Matthias Micus

Dennoch steht das Ende der deutschen Sozialdemokratie, in den Medien verschiedentlich beschworen, keineswegs bevor. Dazu muss man nicht erst auf die Geschichte verweisen, die lange Tradition der Partei und die unvergleichbar bedrohlicheren Gefahren, derer sie sich historisch zu erwehren hatte. Zur Relativierung des medialen Geschreis von „Niedergang“, „Agonie“ und „Existenzkrise“ der Sozialdemokratie genügt schon ein genauerer Blick auf das nordrhein-westfälische Wahlverhalten.

Zum einen ist das Land zwischen Rhein und Weser mitnichten seit Urzeiten ein Stammland der SPD, sind ihre Gegner durchaus nicht kraft- und wurzellos. Ganz im Gegenteil: In der Zeit der Weimarer Republik war das Ruhrgebiet eher sozialdemokratische Diaspora als Hochburg, und auch in der Bonner Republik gaben bei den katholischen Arbeitern an Rhein und Ruhr noch lange Jahre Konfession und bischöfliche Wahlempfehlungen anstelle der sozialstrukturellen Lage den Ausschlag für die Stimmabgabe. Erst im Zuge fortschreitender Säku-

Bei genauerem Hinsehen zeigen sich vielmehr einige Lichtblicke, die Anlass zu Hoffnung geben und bestimmte Themenschwerpunkte für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf nahelegen. Beispielsweise verloren die Sozialdemokraten in absoluten Zahlen gerechnet gegenüber der Landtagswahl 2000 kaum Stimmen. Mit knapp über 37% hat die NRW-SPD zudem ein Ergebnis eingefahren, das sämtliche der für NRW in den letzten Jahren veröffentlichten Umfragewerte übertrifft. So erhielten die Genossen gut 9% mehr, als ihnen vor neun Monaten, auf dem Höhepunkt der Hartz-IV-Proteste, prognostiziert worden waren und liegen immerhin 3% über den noch Mitte April von den Meinungsforschern ermittelten Werten. Überdies ist das Ruhrgebiet flächendeckend „rot“ geblieben. Auch in Städten wie Duisburg, in denen ein Christdemokrat als Oberbürgermeister fungiert, oder Gelsenkirchen, die durch besonders gravierende Strukturprobleme gekennzeichnet sind, liegt die SPD mit weitem Abstand vorn. Das Ruhrgebiet bleibt die nordrhein-westfälische Hochburg der SPD, hier

Auffallend ist schließlich die Tatsache, dass die SPD bei den Jungwählern gegen den ansonsten durchschlagenden Trend dazugewonnen hat. Bei den Unter-30jährigen, welche die gymnasialen Oberstufen, Berufsschulen und insbesondere Universitäten besuchen und für die vielfach die bildungspolitischen Positionen der Parteien entscheidend gewesen sind, liegt die SPD vor der CDU.

Aus den Ergebnissen bei Arbeitern und Jungwählern sowie dem aus den Umfragewerten ablesbaren Aufwärtstrend seit der zweiten Aprilhälfte lässt sich für den Bundestagswahlkampf zweierlei folgern: Erstens wirkte sich die von Franz Müntefering angestoßene Kapitalismusdebatte positiv auf das Ergebnis der SPD aus. Die Verluste konnten begrenzt, unzufriedene Stammwähler zusätzlich mobilisiert werden. Eine Betonung der Sozialstaatskompetenz und Korrekturvorschläge zu besonders problematischen Aspekten der Agenda 2010 müssen daher von der SPD forciert werden. Zweitens kann die SPD, sofern sie die Bildungspolitik in den Vordergrund stellt und sich wie in NRW eindeutig gegen Studiengebühren sowie für den Anspruch auf gleiche Bildungschancen ausspricht, selbst unter widrigen allgemeinpolitischen Bedingungen unter den Jungwählern reüssieren. Die Niederlage der SPD bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl könnte sich auf diese Weise letztlich sogar als Wendepunkt erweisen, als heilsamer Schock, der einen Machtwechsel im Bund letztlich doch noch verhindert.

Matthias Micus ist Mitglied des Juso-Stadtverbandsvorstands.

Ortsräte für ganz Göttingen

„An dem Zuschnitt und der finanziellen Ausstattung der bestehenden Ortsräte wird sich nichts ändern“, das versichert die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Göttingen. An der Änderung der Hauptsatzung werde bereits gearbeitet, kündigte Dr. Klaus-Peter Hermann an.

Mit dem weichenstellenden Ratsbeschluss vom 11. März 2005 waren die Weichen in Richtung mehr Demokratie gestellt worden. Das Beschlussorgan folgte damit der Empfehlung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, in der die SPD von Dr. Klaus-Peter Hermann vertreten wurde.

Der Leineberg-Bewohner beklagt seit vielen Jahren die Ungleichbehandlung der Göttinger Bevölkerung, die zu 48 Prozent durch Ortsräte vertreten ist, aber zu 52 Prozent nicht. Dr. Hermann: „Diesen ungerechten Zustand dürfen wir nicht länger hinnehmen.“ Er stützt sich dabei auf einen Beschluss der Delegiertenversammlung im SPD-Stadtverband, der mit breiter Mehrheit gefasst worden war.

Die Sozialdemokraten legten Wert darauf, dass der nun gefasste Ratsbeschluss die Einführung der neuen Ortsräte zur Kommunalwahl 2006 vorsieht. Dr. Hermann: „Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger nicht auf das Jahr 2011 vertrösten.“ „Bürgerforen“ seien durchaus sinnvolle Einrichtungen, jedoch nur als vorbereitende Gremien, nicht als Ersatz für die Ortsräte mit eigenen Rechten. Damit konterte der SPD-Ratsherr die Argumentation der Union, die einen verbindlichen Beschluss durch Ausschussüberweisung aufweichen wollte. Grundsätzlich gegen Ortsräte im Kernbereich der Stadt sprachen sich übrigens nur FDP und Oberbürgermeister aus.

Als Zwischenschritt für die Einrichtung von Ortsräten ist nun der Oberbürgermeister am Zug. Ihm fällt die Aufgabe zu, in den Bereichen der neuen Kernstadt-Ortsräte „Bürgerforen“ einzuberufen. Die zähe Themensuche und Terminierung dokumentieren jedoch zugleich den größten Geburtsfehler der Foren: Sie sind allein vom Gutdünken des derzeitigen OB abhängig. In den Ortsräten können die Gremien derartige demokratische Rechte selbstverständlich selbst in Anspruch nehmen. Dr. Hermann: „Die Entwicklung bestätigt uns, dass vollwertige Ortsräte die richtige Struktur bilden.“

Wir als Fraktion werden jetzt dafür sorgen, dass zu Bürgerforen eingeladen wird. Da müssen und wollen wir deutlich machen, wie dringend eine demokratische Interessenvertretung aller Bürgerinnen und Bürger in allen Ortsteilen nötig ist. Demokratie ist wichtig, kostet aber Zeit und auch Geld. Diesen wesentlichen Punkt hat der OB nicht verstanden, denn er blockiert, wo er nur kann und damit gegen die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Unsere Ortsvereine sind aufgefordert die Bürgerforen zu besuchen und lautstark das zu fordern, was allen zusteht: Demokratie und Mitbestimmung.

Die Telefonnummern:

Zentrale
0551 / 50 311 - 0

SPD-Unterbezirk
0551 / 50 311 - 10

SPD-Stadtverband
0551 / 50 311 - 20

WK-Büro Inge Wettig-Danielmeier
0551 / 50 311 - 14

WK-Büro Gabi Andretta
0551 / 50 311 - 17

WK-Büro Thomas Oppermann
0551 / 50 311 - 18

Fax 0551 / 50 311 - 22

Termine

25.-26.06.05
Expo-Gelände
Bezirksparteitag

30.06.05, 18 Uhr
Gewerkschaftshaus
Treffen Bündnis gegen Rechts

01.07.05, 18 Uhr
Sartorius College
Wahlkonferenz des UB

04.07.05, 19.30 Uhr
Forum, Parteihaus
Arbeitsgemeinschaft Selbständiger in der SPD (AGS)

08.07.05, 19 Uhr
Forum, Parteihaus
Stadtverbandsvorstand

08.07.05, ab 18 Uhr
Naturfreundehaus Grone
Sommerfest der SPD-Grone

09.07.05
Ausserordentlicher Landesparteitag

10.07.05, ab 11 Uhr
Girgensohn, Brüder-Grimm-Allee
Sommerfest des OV Ost

10.07.05
IGS Göttingen
Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen

11.07.05, ab 13.30 Uhr
Stadthalle Göttingen
Auftaktveranstaltung „Göttinger Bündnis für Familien“

12.07.05, 19 Uhr
Jugendherberge Göttingen
Delegiertenversammlung des StV Referent: Thomas Oppermann

18.07.05, 10 Uhr
Festzelt auf dem Schützenfest
Schützenfrühstück mit Thomas Oppermann

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD Stadtverbandsvorstand Göttingen
Nikolaistr. 30 / 37073 Göttingen
druckpunkt@spd-goettingen.de

Redaktion:

Gregor Motzer (gm) V.i.S.d.P.; Horst Reinert (hr); Lars Gargulla (lg); Martin Koch (mk); Gabi Andretta (ga)

Auflage: 1100 Exemplare